

## Gesunkene Energieintensität

Der gegenwärtig hohe Ölpreis stellt zwar eine Belastung für die deutsche Wirtschaft dar – allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß als häufig befürchtet. Dies hat in erster Linie mit der in den letzten Jahren und Jahrzehnten drastisch gesunkenen Energieintensität der deutschen Wirtschaft zu tun. Vergleichszahlen mit dem Jahr 1980 belegen diese Entwicklung: So benötigte Deutschland im Jahr 1980 noch umgerechnet 207 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten\* Öl und weitere 200 Millionen Tonnen Kohle, um Güter und Dienstleistungen im Wert von 788 Milliarden Euro zu erzeugen. Bis zum Jahr 2006 hat sich das Bruttoinlandsprodukt auf 2,3 Billionen Euro fast verdreifacht, aber der Ölverbrauch ist auf 176 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten gefallen, der Kohleverbrauch sogar auf 118 Millionen Tonnen. Diese Zah-

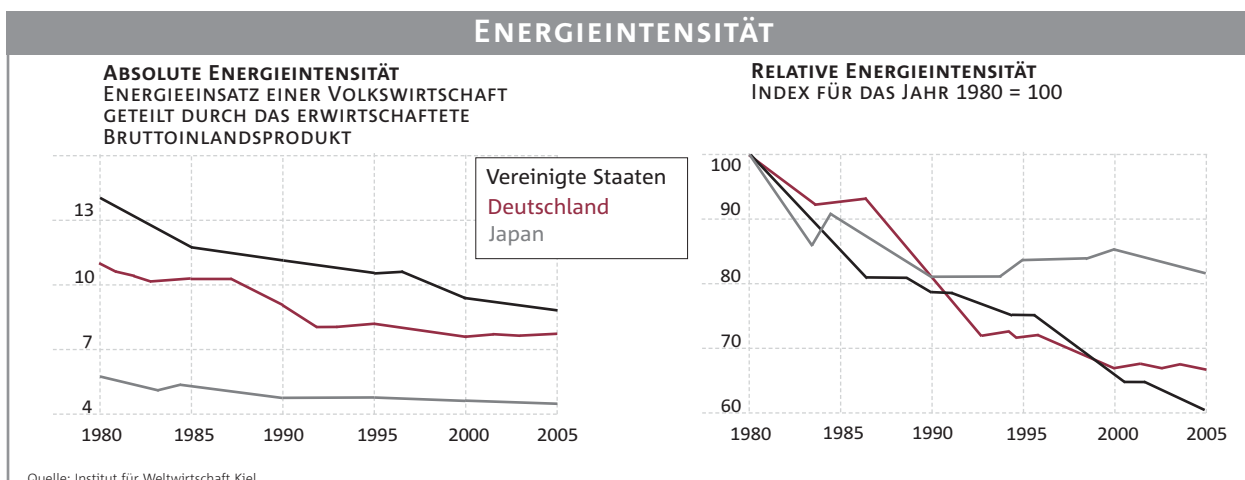
len haben Statistiker der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen am Institut für Weltwirtschaft in Kiel errechnet. Werden die Inflation und der steigende Verbrauch an Erdgas und Kernenergie mit eingerechnet, ist die Energieintensität in Deutschland seit 1980 um etwa ein Drittel gesunken.

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft ist die Zeit kurzfristig signifikanter Energiespar-effekte in den Unternehmen aber vorbei. Großes Potenzial wird lediglich noch in den Investitionen der Energieversorger gesehen, die ihren Kraftwerkspark in der kommenden Dekade von Grund auf modernisieren müssen. Sparmöglichkeiten bestehen auch in den privaten Haushalten und im Verkehr. Ein Blick auf andere Länder zeigt allerdings, dass die japanische Wirtschaft traditionell weniger

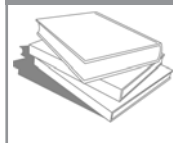
energieintensiv als die deutsche produziert. Demgegenüber setzen die amerikanischen Unternehmen mehr Energie je produzierter Einheit ein, haben in den vergangenen Jahren allerdings auch die größten Spareffekte erzielen können.

Dass die deutsche Wirtschaft den hohen Ölpreis derzeit kaum spürt, hängt aber auch mit dem starken Euro zusammen, der den Anstieg der in Dollar notierten Ölpreise ein Stück weit kompensiert. Vor allem aber sorgt die robuste Weltkonjunktur dafür, dass die deutschen Unternehmen im Außenhandel nach wie vor hohe Zuwachsraten verzeichnen. ■

\*Die Steinkohleeinheit ist eine Maßeinheit für den Vergleich des Energiegehaltes von Primärenergieträgern. 1 Tonne SKE entspricht der Energiemenge, die beim Verbrennen von 1 Tonne Steinkohle frei wird.



LEKTÜRE-TIPP



**Lektüre-Tipp: Harenberg Aktuell 2008. Das Jahrbuch – Daten, Fakten, Hintergründe. Meyers Lexikonverlag, Mannheim 2007, 848 Seiten, 14,95 €**

Das neue Jahrbuch „Harenberg Aktuell 2008“ operiert wieder mit einer großen Menge an Daten und Fakten, die systematisch angeordnet werden und dem Leser auf diese Weise einen raschen Überblick über wichtige Ereignisse und Entwicklungen der vergangenen zwölf Monate ermöglichen. Insbesondere die Zusammenfassung in übergeordnete Schlagwörter erleichtert das Auffinden bestimmter Thematiken erheblich. Die Übersicht über die einzelnen Staaten der Welt verschafft einen besseren Einblick, als dies in früheren Ausgaben der Fall war, wenn gleich hier und da die Auswahl an Informationen noch ein wenig willkürlich erscheint. Die zahlreichen Graphiken und Statistiken sowie Hintergrundinformationen zu einzelnen Themen runden das Buch ab und machen es zu einem wichtigen Nachschlagewerk. ■

## Vermögensstudie des DIW

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) über die Vermögensverteilung in Deutschland verfügen rund zwei Drittel der hiesigen Bevölkerung über kein oder nur ein sehr geringes Nettovermögen. Zwar betrage das individuelle Nettovermögen rund 81.000 Euro pro Kopf. Der mittlere Wert allerdings, also jener Wert, der die reichere und die ärmere Hälfte der Bevölkerung trennt, liege bei etwa 15.000 Euro. Demzufolge würden mehr als zwei Drittel der Bevölkerung nur über einen Anteil am Gesamtvermögen von weniger als 10 % verfügen, wohingegen das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel des gesamten Vermögens besitze. Darüber hinaus gibt es zwischen Ost und West ebenso sehr ein Gefälle wie zwischen Männern (96.000 Euro) und Frauen (67.000 Euro). Dass das Vermögen der Westdeutschen mehr als doppelt so hoch ist wie das der Ostdeutschen, hängt mit der niedrigeren Eigentumsquote und dem geringeren Verkehrswert von Immobilien in Ostdeutschland zusammen. Zu dem Vermögen der Deutschen zählen Ersparnisse, Wohneigentum, Rentenansprüche und Versicherungen, zudem Sammlungen von Kunstwerken oder Briefmarken. ■

## Kaum Mehreinnahmen im nächsten Jahr

Bund, Länder und Gemeinden können laut der neuen Steuerschätzung in diesem und im nächsten Jahr mit zusätzlichen Steuereinnahmen von 4,9 Milliarden Euro rechnen, legt man die letzte Steuerschätzung vom Mai zugrunde. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums werden sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr auf 538,9 Milliarden Euro belaufen, was gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 10,4 % bedeutet. Im kommenden Jahr ist mit einem solchen Zuwachs nicht zu rechnen. Erwartet wird gegenwärtig eine Summe von 555,6 Milliarden Euro, was einem Zuwachs von 3,1 % gegenüber dem erwarteten Wert 2007 entspräche. Gegenüber der Mai-Steuerschätzung beläuft sich das Plus gerade einmal auf 0,3 Milliarden Euro. Für dieses Jahr werden dagegen nochmals zusätzliche Einnahmen von 4,6 Milliarden Euro im Vergleich zur früheren Prognose erwartet.

Damit schwächt sich die zuletzt starke Zunahme der Steuereinnahmen im nächsten Jahr merklich ab. Die Länder müssen sich sogar auf

0,3 Milliarden Euro weniger einstellen als zuletzt für 2008 geschätzt. Während der Bund mit keinen zusätzlichen Geldern rechnen kann, werden die Kommunen im nächsten Jahr dagegen mit weiteren Mehreinnahmen von 0,9 Milliarden Euro planen können.

In der verhaltenen Prognose der Steuerschätzer drückt sich nicht zuletzt der für das kommende Jahr erwartete leichte Rückgang des Wirtschaftswachstums aus. Zudem schlagen

Einnahmeausfälle wegen der Unternehmenssteuerreform zu Buche, die 2008 in Kraft tritt. Insgesamt bewegen sich die Steuereinnahmen aber weiter auf einem hohen Niveau, ohne dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen dadurch zu einem leichten Unterfangen würde. An der Absicht der Bundesregierung, spätestens ab 2011 im Bund Haushaltsüberschüsse zu erzielen, dürfte sich immerhin auch im Lichte der jüngsten Steuerschätzung nichts verändern. ■

### STEUERSCHÄTZUNG

#### STEUEREINNAHMEN (IN MILLIARDEN EURO)

2006	488,4
2007	538,9
2008	555,6

#### AUFTEILUNG 2008 (IN MILLIARDEN EURO)

Bund	238,2
Länder	219,0
Gemeinden	73,6
EU	24,8

Quelle: BMF.

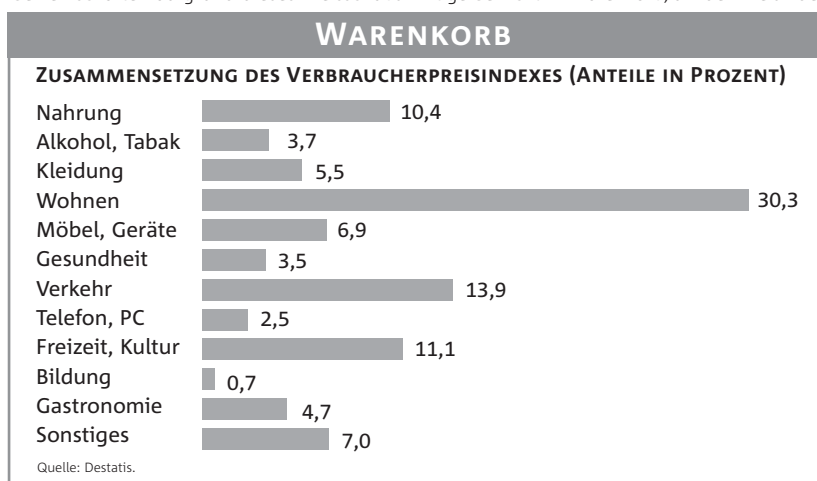
## Inflation und Warenkorb

Die Teuerungsrate in Deutschland liegt gegenwärtig bei 2,4 % im Jahresdurchschnitt. Befürchtungen, dass dieser Wert sogar auf bis zu 3 % hochschnellen könnte – die dann höchste Inflationsrate seit 13 Jahren –, werden nicht nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. Die Entwicklung des Ölpreises, aber auch der Preise für Nahrungsmittel und gewerbliche Waren betrachtet gerade die Bundesbank mit einiger Sorge. Hinzu kommen Befürchtungen, dass die Gewerkschaften aufgrund dieses Preisschubs

höhere Tariflöhne fordern und damit erst die Preisspirale in Bewegung setzen könnten.

Die Fachleute des Statistischen Bundesamtes geben sich etwas zurückhaltender. Sie weisen zum einen darauf, dass einige Güter im Vergleich zum Vorjahr deutlich billiger geworden sind, etwa Computer und Geräte der Unterhaltungselektronik. Zum anderen aber hätten die Produkte, die jetzt teurer werden, nicht das nötige Gewicht im Warenkorb, um den Preisindex

so schnell nach oben zu treiben wie mancherorts befürchtet. Der Warenkorb, mit dessen Hilfe der Index der Verbraucherpreise ermittelt wird, umfasst 750 Güter. Der Preisindex ist jeweils der gewichtete Mittelwert der gesamten Preisänderungen aller Güter. Um herauszufinden, inwieweit der Preisanstieg einzelner Güter auf das gesamte Preisniveau durchschlagen kann, ist ein näherer Blick auf die Zusammensetzung dieses Korbes und die Gewichtung einzelner Gütergruppen erforderlich.



Dabei wird erkennbar, welche Güterpreise ansteigen müssen, damit sich das Preisniveau auch insgesamt erkennbar nach oben bewegt. Ein knappes Drittel des Warenkorbes wird allein durch die Wohnkosten abgedeckt. Auf Heizöl und Benzin entfallen zusammen aber nur 4,2 % dieses Warenkorbgewichtes. Insgesamt gilt: Der Konsument registriert jene Preisänderungen viel stärker, die häufig gekaufte Produkte betreffen. Dies führt in den manchen Fällen dazu, dass die gefühlte Inflation höher ist als die tatsächliche Preissteigerung. ■

## FINANZMÄRKTE IM BLICK



### Dollar verliert weiter an Wert

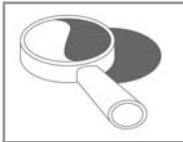
Zum Ende des Jahres sind die Märkte noch immer von einer spürbaren Nervosität befallen, die vorerst wohl nicht so leicht abklingen dürfte. Die Nachrichten, die aus den USA kommen, verleiten auch nicht zum allergrößten Optimismus. Möglicherweise bahnen sich unter den Millionen amerikanischer Hypothekenschuldner mit schwacher Bonität weitere Zahlungsausfälle an, sodass den bisherigen Abschreibungen der Finanzinstitute in Milliardenhöhe auch noch weitere Wertberichtigungen folgen könnten. Und auch eine anhaltende konjunkturelle Schwächephase wird in den Vereinigten Staaten als ein nicht völlig unwahrscheinliches Szenario angesehen. Wie nun soll die amerikanische Notenbank Fed hierauf reagieren? Nach der letzten Senkung des Leitzinses auf 4,5 % am 31. Oktober hatte sie zunächst ange-

deutet, dass aufgrund fortbestehender Inflationsgefahren nicht unbedingt mit weiteren Zinssenkungen zu rechnen sei. Inzwischen aber hat sich die Situation an den Kredit- und Geldmärkten in den USA wieder so entwickelt, dass viele Marktteilnehmer fest von einer Zinssenkung der Fed im Dezember ausgehen.

Derweil verliert der US-Dollar gegenüber anderen Währungen weiter an Wert – allein 12 % seit Jahresbeginn im Vergleich zum Euro. Ausländische Investoren und Anleger haben durch die Dollarabwertung in diesem Jahr bereits eine Vermögenseinbuße von 1,6 Billionen Dollar erlitten. Umgekehrt sind Amerikaner, die Vermögen im Ausland angelegt haben, vermögenger geworden. Inzwischen schichten Investoren zusehends in

Anlagen außerhalb des Dollar um, sodass im August erstmals seit 1998 ein monatlicher Nettokapitalabfluss aus den USA zu verzeichnen war. Der Status des Dollar als globale Leitwährung, so der Eindruck nicht weniger Marktbeobachter, scheint zu bröckeln.

Der teure Euro bereitet inzwischen exportierenden europäischen Unternehmen einige Schwierigkeiten und trägt auf diesem Wege auch zur Schwäche der Aktienmärkte in Europa bei. Zugleich hat sich die Nachfrage der Anleger nach sicheren Staatspapieren beschleunigt. Die Europäische Zentralbank, so scheint es, hat ihren Blick zwar weiterhin fest auf die Inflation im Euroraum gerichtet, eine Entscheidung über weitere Zinsschritte aber wohl noch nicht getroffen. ■



## IM FOKUS

# IWF und Weltbank – neue Herausforderungen

**Mehr als 60 Jahre nach ihrer Gründung werden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank mit rapiden Veränderungen der Weltwirtschaft konfrontiert. Nicht nur der Aufstieg von Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien hat den beiden Washingtoner Institutionen ein Stück weit die Geschäftsgrundlage entzogen. Und dennoch: IWF und Weltbank werden auch in der Zukunft noch wichtige Aufgaben zu erfüllen haben.**

Die diesjährige Washingtoner Herbsttagung der beiden Institutionen stand ganz im Zeichen der Immobilien- und Finanzmarktkrise in den USA und ihrer Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Über die Reform von IWF und Weltbank wurde dagegen eher am Rande gesprochen – und ohne dass greifbare Ergebnisse erzielt worden wären. Spiegelt diese Vernachlässigung den gegenwärtigen Stellenwert dieser beiden Einrichtungen wider? Entsprechen ihre Aufgaben und Funktionen noch den Gegebenheiten der internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen?

### IWF – von Bretton Woods bis in die Gegenwart

Der IWF wurde 1944 als multilaterale Institution mit der Aufgabe ins Leben gerufen, zur Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen beizutragen und so gute Bedingungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zu ermöglichen. Im Wechselkurssystem von Bretton Woods bestand seine Aufgabe darin, Ländern zur Seite zu springen, die in vorübergehende Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten waren, indem er ihnen überbrückend Kredite zur Verfügung stellte. Nach dem Ende von Bretton Woods und dem Übergang zu

flexiblen Wechselkursen besteht die Mission des IWF nun vorrangig darin, die Ausbreitung von nationalen Währungskrisen in eine Weltfinanzkrise zu verhindern, das Entstehen von nationalen Währungskrisen von vornherein zu vermeiden und Länder, die in eine Währungskrise geraten sind, zu unterstützen, aus dieser Krise wieder herauszukommen. Zudem stellt der Internationale Währungsfonds einen institutionellen Rahmen bereit, um internationale Währungsprobleme zu erörtern.

Noch in den neunziger Jahren hat der IWF im Zuge der Währungskrisen in Mexiko und später in Asien und Russland eine wichtige, wenngleich nicht unumstrittene Rolle gespielt. Indem er den durch massiven Kapitalabzug in Schwierigkeiten geratenen Staaten mit umfangreichen Krediten zur Hilfe kam, die wiederum an die Umsetzung eines makroökonomischen Stabilisierungsprogramms gebunden waren, zog er einerseits die Kritik auf

sich, den Staaten zu rigide und häufig kontraproduktive Reformmaßnahmen abzuverlangen, andererseits aber auch den Vorwurf, durch seine nachträgliche Intervention Investoren zum Ausblenden von Risiken und Regierungen zu einer nachlässigen Wirtschaftspolitik verleitet zu haben.

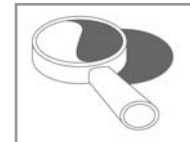
### Neue Aufgabenfelder

Das Hilfspaket für Argentinien im Jahre 2001 war eines der letzten großen Kreditprogramme des Internationalen Währungsfonds. Seitdem hat sich einiges verändert. Die meisten Schuldner haben ihre Kredite inzwischen getilgt – mit der Folge, dass der IWF durch die ausbleibenden Zinszahlungen seiner wesentlichen Einnahmequelle beraubt worden ist und inzwischen eine Reform der IWF-Finzen diskutiert wird. Doch nicht nur das: Da viele Schwellenländer inzwischen über einen relativ stabilen Zugang zu privaten Kapitalmärkten verfügen und zu-

## QUOTENVERTEILUNG BEIM IWF

	Anteil am globalen BIP (PPP) <sup>1)</sup>	IWF-Quote	IWF-Stimmrechte
<b>USA</b>	20,9	17,4	17,1
<b>Japan</b>	6,9	6,2	6,1
<b>Kanada</b>	1,9	3,0	2,9
<b>EU</b>	21,1	32,2	31,5
<b>EMU-12</b>	15,3	23,2	22,9
Deutschland	4,3	6,1	6,0
Spanien	1,7	1,4	1,4
Frankreich	3,1	5,0	5,0
Italien	2,9	3,3	3,3
Vereinigtes Königreich	3,1	5,0	5,0
<b>Asien ohne Japan</b>	24,6	8,9	9,0
China	13,2	3,0	2,9
Indien	5,9	2,0	1,9
<b>Lateinamerika und Karibik</b>	7,5	7,5	7,7
Brasilien	2,6	1,4	1,4
Mexiko	1,8	1,2	1,2
<b>Naher Osten und Maghreb</b>	2,8	7,1	7,2
<b>Ehem. UdSSR</b>	3,8	4,3	4,9
Russland	2,6	2,8	2,7
<b>Afrika</b>	3,3	5,3	5,6
ohne ALG, TN, MA, ZA, NG	1,3	2,6	2,9

1) BIP in Kaufkraftparitäten; Quellen: IWF, DB Research.



## IM FOKUS

gleich große Devisenbestände angesammelt haben, scheint es, als könnten sie auch zukünftig auf den IWF als Kreditgeber verzichten. Zumal dann, wenn andere Staaten sich als alternative Finanzierungsquelle betätigen sollten.

Der IWF muss hierauf reagieren und sein Aufgabenfeld möglicherweise neu definieren. Allerdings sollte er sich auch nicht vorschnell von bisherigen Aufgaben losagen. Es ist durchaus denkbar, dass einzelne Länder schon bald wieder die Hilfe des IWF in Anspruch nehmen möchten. Als Kreditgeber wird er auch zukünftig noch fungieren. Eine der wesentlichen Aufgaben der Zukunft werden darüber hinaus die Analyse und Bewertung von Währungsrisiken und die Signalisierung sich anbahnender Währungskrisen im Rahmen eines Frühwarnsystems sein. Schon heute trägt der Fonds mit seinen Publikationen und Länderberichten zu einer Analyse der weltwirtschaftlichen Situation und der Währungsrisiken bei. Der IWF sollte ferner seinen Einfluss dahingehend geltend machen, dass sich Länder stabilitätsbewusst verhalten und entsprechende institutionelle Vorkehrungen treffen.

### Reformbedarf

Will der IWF allerdings auch zukünftig auf breite Akzeptanz stoßen und eine wichtige Rolle bei der Regulierung der internationalen Finanzmärkte spielen, so ist

eine institutionelle Reform unumgänglich. Damit ist in erster Linie eine neue Berechnungsformel für Quoten und Stimmrechte verbunden. Die Quoten bestimmen die Einzahlungspflichten eines Landes, die ihm im Krisenfall zur Verfügung stehende Kreditsumme und seinen Stimmanteil. Sie werden gegenwärtig anhand von fünf Formeln errechnet, die verschiedene wirtschaftliche Kennziffern in unterschiedlicher Gewichtung einbeziehen. Das Ergebnis stellt jedoch lediglich eine Diskussionsgrundlage dar. Letzten Endes ist die tatsächliche Quote das Resultat langwieriger Verhandlungen. Und so sind die meisten Staaten sowohl gemessen an ihrer errechneten Quote als auch an ihrem derzeitigen Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) derzeit über- oder unterrepräsentiert.

Unterrepräsentiert sind vor allem einige wichtige Schwellenländer. Zwar wurde die Quote einzelner Staaten während der Jahrestagung von IWF und Weltbank 2006 in Singapur leicht angehoben – heftig gerungen wird allerdings noch um einen neuen Quotenschlüssel und die Sitze im Exekutivdirektorium. Die Diskussion um den neuen Verteilungsschlüssel offenbart divergierende Interessenstrukturen zwischen kleinen und großen Volkswirtschaften sowie zwischen Industriestaaten und Schwellen- oder Entwicklungsländern im IWF. Es bleibt abzuwarten, ob sich die

IWF-Mitglieder bis zum Herbst 2008 auf eine neue Berechnungsformel einigen können.

### Weltbank – neue Fragen

Der Reformdruck, der auf der Weltbank lastet, ist nicht ganz so groß wie im Falle des IWF. Nach Beendigung der sich monatelang hinziehenden Personalquerelen (Weltbank-Präsident Wolfowitz wurde schließlich durch Robert Zoellick abgelöst) muss sich die Bank nun aber wieder verstärkt inhaltlichen Aspekten zuwenden. Die Aufgabe der Weltbank, die fünf Organisationen mit einer jeweils eigenen Rechtspersönlichkeit umfasst, besteht darin, die wirtschaftliche Entwicklung von ärmeren Mitgliedsländern durch finanzielle Hilfen, durch Beratung und technische Hilfe zu fördern.

Die Bank wird sich unter anderem mit der Frage befassen müssen, ob und, wenn ja, in welcher Form sie noch in Schwellenländern, die keine Kredite mehr benötigen, zukünftig präsent sein wird. Viele andere Länder werden weiter auf Kredite und Zuschüsse angewiesen sein, aber auch hier sind viele Fragen ungeklärt, ist doch der tatsächliche Nutzen der verliehenen Gelder nicht in jedem Fall unumstritten. Muss mehr Hilfe in Form von Zuschüssen gewährt werden, zumindest in bestimmten Sektoren? Sind die Konditionen und Kreditbedingungen angemessen? Wie reagiert die Bank auf „neue Geber“ in der Entwicklungszusammenarbeit, wie China und Indien, die besonders in Afrika verstärkt auftreten? Entscheidend für die Zukunft der Bank wird auch ihre Rolle im Umwelt- und Ressourcenschutz sein. Das gilt ganz besonders für ihren Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern und im Energiebereich. ■

## FRAGEN UND DISKUSSIONSSTOFF

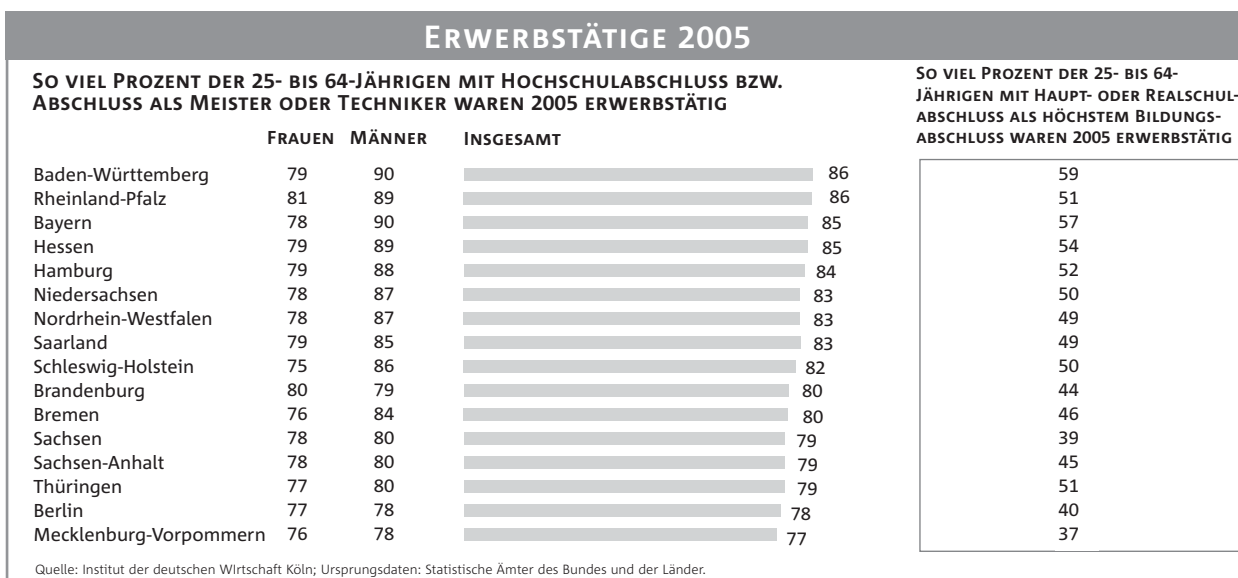
- Worin unterscheiden sich die Aufgaben von IWF und Weltbank im Grundsätzlichen? Diskutieren Sie diese Aufgaben vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren.
- Welche Rolle kann die Weltbank zukünftig bei der Überwindung von Armut in den Entwicklungsländern spielen? Welche Prioritäten sollte sie dabei setzen?

## Bildungsabschluss und Erwerbstätigkeit

Dass ein höherer Bildungsabschluss gleichbedeutend ist mit besseren Chancen am Arbeitsmarkt, ist keine neue Beobachtung. Zahlen, die das Statistische Bundesamt 2005 erhoben hat, bestätigen diesen Zusammenhang noch einmal. So stand jeder zweite 25- bis 64-Jährige, der außer dem Haupt- oder Realschulabschluss keine weitere Ausbildung hatte, in jenem Jahr nicht aktiv im Er-

werbsleben. Von den Frauen dieser Gruppe war nicht einmal jede zweite berufstätig. Eine abgeschlossene Berufsausbildung oder das Abitur verbessern die Erwerbschancen hingegen deutlich. Gut sieben von zehn der 25- bis 64-Jährigen mit mittlerem Bildungsabschluss waren im Jahr 2005 beruflich aktiv. Damit ist die Erwerbsbeteiligung der Fachkräfte um ein gutes Drittel höher als bei

den Geringqualifizierten. Wenig überraschend, dass für Akademiker, Meister und Techniker die Chancen am Arbeitsmarkt am besten sind. Mehr als vier von fünf Hochqualifizierten stehen im Berufsleben. Auch der Unterschied zwischen Männern und Frauen ist mit 8 Prozentpunkten am niedrigsten. In Brandenburg haben die Akademikerinnen die Nase sogar vorn. ■



## Hauptschüler auf dem Weg ins Berufsleben

Der Weg ins Berufsleben gestaltet sich für Hauptschüler schwierig. Wie das Deutsche Jugendinstitut (DJI) herausgefunden hat, hatten im Jahre 2004 nur 26 % der Hauptschulabsolventen vier Monate nach Verlassen der Schule einen Ausbildungsplatz gefunden. Zwei Jahre später stand immerhin gut die Hälfte von ihnen (54 %) in einem Ausbil-

dungsverhältnis. Die Zahl derjenigen, die den Umweg über die Berufsvorbereitung gewählt hatten, war bis dahin von 26 % auf 4 % gesunken. Ein Fünftel der Exhauptschüler arbeitete zwei Jahre nach Beendigung der Schule auf einen höheren Abschluss hin – zum Teil wohl, weil es mit der Ausbildung nicht geklappt hatte.

Laut einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung aus dem Jahr 2006 bekommen aber immerhin etwa 90 % der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss innerhalb von fünf Jahren einen Ausbildungsplatz. Gleichwohl: Der Sprung für Hauptschüler auf den Arbeitsmarkt bleibt schwer, zumal auch die Anforderungen der modernen Arbeitswelt stetig steigen. ■

### Impressum

**Herausgeber**  
 Bundesverband deutscher Banken, Berlin

**Verantwortlich**  
 Prof. Dr. Wilhelm Bürklin

**Redaktion**  
 Dr. Henrik Meyer  
 Annette Matthies (Assistenz)

**Anschrift**  
 Schul|Bank  
 Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin  
 Telefon (030) 16 63-15 21 · Fax (030) 16 63-15 19

**Internet**  
 www.schulbank.de  
 schulbank@bdb.de

